

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ercheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verdrucker-Einrichtungen, hat der Bezueher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhörnisdorf, Brettau, Hauswalde, Horn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Lehmenhof, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Druck und Verlag von E. F. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 197

Donnerstag, den 23 August 1928

80. Jahrgang

Amliche Teil.

Montag, den 27. August 1928
vormittags 9/9 Uhr
im **Caféhaus „Am Kloster“ in Ruckau.** — Die Tagesordnung hängt im Dienstgebäude der Amtshauptmannschaft und in den Gemeinden mit über 1000 Einwohnern aus.

Amtshauptmannschaft Ramenz, am 21. August 1928.

Sonnabend, den 25. August 1928, vorm. 1/10 Uhr sollen im „Bürgergarten“ in Pulsnitz
zwangsweise gegen Barzahlung

1 größerer Posten Damen- und Kinderstrümpfe, Herrensocken, 14 Paar Handschuhe
4 Tafeltücher, 11 Kaffeedecken mit je 6 Servietten, 4 Überhandtücher, 1 Tischgarnitur,

6 Turnhemden, 12 Damen- und 9 Kindermützen, 4 Kindergarnituren, 15 Damenunterröcke, 23 Kinderunterröcke, mehrere Herren- und Kinderhemden, mehrere Herren- und Kinderunterhosen, 25 Damenbeinkleider, 15 Unterjacken, 9 m wollener Unterrockstoff, 8 m gestreifter Varsent, 7 m Hablama, 11 Kindersporthemden, 19 m Gardinenstoff, 44 m Sportstoff, Baumwollstoff, ca. 20 m kariertes Baumwollstoff, 33 m Kleiderstoff, 2 Oberhemden, 3 Leibchen, 2 Frauenhemden, 3 Rissen und 1 Paar Pferderegendecken meistbietend öffentlich versteigert werden

Pulsnitz, den 23. August 1928

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Berliche und sächsische Angelegenheiten

(Eine dringende Mahnung an die Landwirte.) Zur Erntezeit seien die Landwirte immer wieder gemahnt: Versichert! Brände aus Unachtsamkeit oder Nachsicht oder aus anderen Gründen können Hab und Gut in wenigen Augenblicken vernichten und euch zu schwerem Schaden bringen. Also nochmals: Versichert die Ernte, ehe es zu spät ist.

(Gute Aussichten für den Berufs-Motorflugführer.) Wie die Pressestelle der Landwirtschaftskammer mitteilen kann, waren im Monat Juli die aus der praktischen Landwirtschaft angebotenen Stellen für Berufs-Motorflugführer nicht zu besetzen, da die Schüler der Deutschen Landwirtschafterschule „Deulakraft“ in Reesen bei Königswusterhausen bereits untergebracht waren. Zweifellos ist es möglich, hier einen großen Teil von ländlichen Abwanderern, die durch den neuen Beruf gefesselt werden, dem Land zu erhalten. Insbesondere junge Landwirte, Bauernsöhne, Söhne von ländlichen Handwerkern seien hierauf aufmerksam gemacht. Die „Deulakraft“ veranstaltet bis Ende Dezember d. J. immer noch zu dem gleichen Preise von 150 RM inkl. Unterkunft und voller Verpflegung ihre vierwöchigen Ausbildungskurse. Die nächsten Kurse finden statt vom 3. bis 28. September, vom 1. bis 26. Oktober und vom 29. Oktober bis 23. November.

(Rechte und Pflichten von der Wiege bis zur Bahre.) Mit der Geburt wird der Mensch „rechtsfähig“, indem er alle Rechte und Pflichten bekommt. Erbfähig ist er bereits 270 Tage vor der Geburt. Mit zwei Jahren muß er sich das erste Mal impfen lassen, mit dem 6. Lebensjahr tritt die Schulpflicht ein, mit 7 Jahren wird er beschränkt geschäftsfähig, d. h. mit Zustimmung des Vormundes usw. Mit 13 Jahren wird er zur Beschäftigung in Fabriken zugelassen. Vom 14. bis 18. Jahre dauert die beschränkte Strafmündigkeit. Mit 16 Jahren wird man eidesmündig, darf ein Testament errichten und das Mädchen darf heiraten. 18-jährige junge Männer und Mädchen sind vollstrafmündig und können für volljährig erklärt werden. Der über die 20-jährige erhält das Wahlrecht. Das 21. Jahr bringt die Volljährigkeit, der Mann wird ehemündig. Der über die 25-jährige kann sich ins Parlament wählen lassen, muß mit 30 Jahren die Berufung als Schöffe, Geschworener, Handelsrichter oder Beisitzer des Landesarbeitsgerichts annehmen und darf nach zehnjähriger Verschollenheit vom 31. Lebensjahre ab für tot erklärt werden. Der 35-jährige kann Beisitzer des Reichsarbeitsgerichts werden, die 50-jährige adoptieren, der 60-jährige darf Vormundschaft ablehnen, mit 65 Jahren auch das Schöffens- und Geschworenenamts. Bei 70 Jahren kann jeder nach 5-jähriger Verschollenheit für tot erklärt werden.

Dresden. (Der Schuß in der Heide.) Spaziergänger hatten in der Dresdener Heide einen Schuß gehört. In der Sicherheitspolizei auf Weißer Hirsch erstatteten sie Anzeige. Da man zunächst ein Verbrechen vermutete, suchten Polizeibeamte mit einem Spürhund die bezeichnete Stelle ab, zunächst vergeblich; dann mußten wegen Regens die Nachforschungen eingestellt werden. Am anderen Morgen fand man dann die Leiche eines jungen Mannes, der seinem Leben freiwillig ein Ende gemacht hatte.

Dresden, 22. August. (Höhere Staatslehranstalt für Gartenbau Billnig.) Das Sächsische Wirtschaftsministerium hat Dr. Heinrich Wischmann unter Verleihung der Staatsdienerereignenschaft zum Vorsteher der Abteilung „Allgemeine Botanik“ und zum wissenschaftlichen

Die Tagung des Weltparlamentarierkongresses

560 Abgeordnete aus 37 Staaten in der Reichshauptstadt

Rücktritt des thüringischen Kabinetts — Radikale Forderungen der Berliner Sozialdemokraten — Eine Erklärung des Reichsbundes Deutscher Arbeiter zum Kriegsverzichtspakt — Dr. Stresemanns Reise nach Genf — Die demokratischen Reichsminister zum Panzerkreuzerbau — Unruhen in Riga

Berlin. Zur Tagung der Interparlamentarischen Union sind eben 560 Parlamentarier aus 37 Staaten eingetroffen. Deutschland ist auf der Tagung mit 71 Mitgliedern vertreten. Sie gehören allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten und Nationalsozialisten an. Die Räume des Reichstagsgebäudes sind festlich geschmückt. In der Kuppelhalle sind die Standbilder der Reichspräsidenten Ebert und von Hindenburg mit Blumenschmuck umgeben. Vier große Banner in den Reichsfarben hängen herab, daneben die Fahnen aller in der Interparlamentarischen Union vertretenen Länder.

Zunächst traten die Abrüstungskommission (deutscher Vertreter Abgeordneter Dr. Breitscheid), die Kommission für koloniale Fragen (deutscher Vertreter Abgeordneter Schnee) und die Kommission für Minderheitsfragen — sie heißt offiziell Kommission für ethnische Fragen — zusammen. In der Minderheitenkommission ist Deutschland durch den früheren demokratischen Abgeordneten Heile vertreten.

Die Abrüstungskommission, deren Sitzung von dem früheren dänischen Beherminister Dr. P. Munch geleitet wurde, beschloß, zur

Prüfung der Sicherheitsfrage

und der aus dem Kelloggpaakt sich ergebenden Folgen eine Unterkommission einzusetzen.

Die Kommission für koloniale Fragen beschäftigte sich in ihrer ersten Sitzung unter dem Vorsitz des schweizerischen Vertreters Dr. Studer mit dem Entwurf einer Resolution, die im vorigen Jahre von einer Unterkommission der Interparlamentarischen Konferenz in Paris beschlossen worden war. In der Vollziehung der Kommission wurde jetzt mit geringen Änderungen der Entwurf der Unterkommission angenommen. Die Resolution besagt: Die Interparlamentarische Konferenz erneuert die Wünsche, die durch die 22. Interparlamentarische Konferenz in Bern und Genf zugunsten der Festigung und

Vollendung des Systems der Kolonialmandate

ausgedrückt sind, so wie es durch Artikel 22 der Völkerverbundung festgelegt ist. Sie hebt insbesondere hervor, daß die Kolonialmandate, welche dem Mandatar anvertraut sind, eine Treuhänderschaft (trusteeship) darstellen, welche unter der Aufsicht des Völkerverbundes im Interesse der Bevölkerung der Mandatsgebiete wie der Gemeinschaft der Nationen im allgemeinen errichtet ist. In Konsequenz davon muß jeder Versuch einer der Mandatarmächte, über eines oder das andere der fraglichen Gebiete eine rechtliche oder tatsächliche Souveränität auszuüben, mit der größten Energie zurückgewiesen werden.

Entschließung der Minderheitenkommission

der Interparlamentarischen Union.

Die Minderheitenkommission der Interparlamentarischen Union beendigte ihre Arbeiten und nahm eine Entschließung an, die etwa folgenden Inhalt hat:

1. Die Kommission beschloß nach Entgegennahme des Berichtes über Minderheiten von Dr. Studer, eine Unterkommission von fünf Mitgliedern einzusetzen mit dem Auftrag, etwaige Verbesserungen im Minderheitenverfahren vor dem Völkerverbund zu studieren. 2. Bei dieser Gelegenheit erinnert die Kommission an die Entschließungen von Wien, Kopenhagen und Washington-Ottawa, die eine ständige Minderheitenkommission beim Völkerverbund vorgesehen hatten und in denen die Interparlamentarische Union die Ausdehnung des Minderheitenschutzsystems auf alle Staaten befürwortet hatte. Die Kommission beauftragt die Unterkommission,

Mittel und Wege zu finden, durch die diese Ausdehnung erreicht werden könne. Die Kommission beauftragt ferner das Interparlamentarische Büro, obige Entschließung den Regierungen und auch den nationalen Gruppen bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Erinnerung zu rufen.

Rücktritt des thüringischen Kabinetts.

Wie aus Weimar am Mittwochabend gemeldet wird, hat sich auf Grund vorangegangener interfraktioneller Besprechungen der Koalitionsparteien das thüringische Gesamtkabinetts entschlossen, seinen Rücktritt einzureichen. Die amtliche Mitteilung ist dem Landtagspräsidenten zugegangen.

Radikale Forderungen der Berliner Sozialdemokratie.

Berlin. Die Hoffnung der sozialdemokratischen Parteileitung, daß mit den Beratungen der Instanzen die Angelegenheit des Panzerkreuzers A hinter der Kulisse verschwinden würde, hat sich nicht erfüllt. Nachdem in einer erheblichen Zahl von provinziellen und örtlichen Organisationen der Sozialdemokraten die Beschlüsse der Fraktion und des Parteiausschusses vom vergangenen Sonnabend mißbilligt worden sind, haben auch die Berliner sozialdemokratischen Funktionäre sich scharf gegen die Beschlüsse vom letzten Sonnabend ausgesprochen. Der Berliner Bezirksvorstand hat die Mitverantwortung für die Bewilligung der ersten Rate zum Bau des Panzerkreuzers abgelehnt und die sofortige Einberufung des Reichstages gefordert.

Weiter haben die Berliner Sozialdemokraten sogar die Forderung aufgestellt, daß, wenn die Einberufung des Reichstages nicht zu erreichen sei, die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts die Aufhebung des Beschlusses vom 10. August verlangen und im Falle der Ablehnung zurückzutreten müßten.

Eine Erklärung des Reichsbundes Deutscher Arbeiter zum Kriegsverzichtspakt.

Berlin. Die Pressestelle des Reichsbundes Deutscher Arbeiter gibt in Anbetracht der bevorstehenden Unterzeichnung des Kriegsverzichtspaktes eine Erklärung bekannt, in der es heißt: Die im Reichsbund Deutscher Arbeiter organisierten deutschen Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen empfinden es als eine Verhöhnung, daß man angesichts des 60 000 Mann starken französischen Besatzungsheeres im Westen Deutschlands, angesichts der unter Fremdherrschaft stehenden Millionen Deutscher in den uns entzogenen Gebieten im Osten, Süden, Westen und Norden und angesichts der erpreßten Schmach der Damesron durch die nichtsagende Geste der Unterzeichnung eines „Kriegsverzichtspaktes“ den Frieden zu festigen und zu sichern vorgibt.

Das deutsche Volk, insbesondere seine werktätige, leidende Bevölkerung hat genug Ursache, derartigen nichtsagenden Handlungen schärfstes Mißtrauen entgegenbringen zu müssen. Trotz Völkerverbund und trotz der unzähligen Abrüstungskonferenzen betreiben alle Staaten der Welt außer Deutschland, insbesondere seine Nachbarn, ein eifriges Wettrennen. Die deutschen Arbeiter fordern als Vorbedingung eines ehrlichen, dauerhaften Völkerverbundes unter gleichberechtigten, freien Völkern die Revision des Versailler Diktats, die Befreiung deutscher Volksgenossen in den entzogenen Gebieten von der Fremdherrschaft, die Räumung des Rheinlandes und die Rückgabe der Kolonien.